



Energie

24. April 2017

- **Abstandsgrenzen zur Wohnbebauung ändern – 10H einführen**
- **Windkraft im Wald verbieten**
- **Bürgerproteste endlich ernst nehmen: Mehr Schutz für Mensch und Natur**

Im Zusammenhang mit der geplanten Änderung des Landesentwicklungsplanes erklärte René ROCK, energiepolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag: „Die Änderung des Landesentwicklungsplanes muss nun genutzt werden, um die neuen Erkenntnisse über die Auswirkungen von Windkraftanlagen aufzunehmen. Konkret fordern wir die Erhöhung der Abstandsgrenzen von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung nach dem Grundsatz 10H, wie er schon in Bayern praktiziert wird und gerichtlich bestätigt wurde. Die neueste Generation der Windkraftanlagen erreicht Höhen von 230 bis 240 Meter und erzeugt weit größere

Belastungen für Menschen und Natur als die deutlich kleineren Anlagen, für die die heute gültigen Abstandsgrenzen eingeführt worden waren – und steigen die Belastungen, müssen auch die Schutzkriterien angepasst werden.“

Rock weiter:

„Außerdem fordern wir, im Landesentwicklungsplan festzuschreiben, dass Wald grundsätzlich von der Windkraftnutzung ausgenommen werden soll. Industrieanlagen wie Windkraftanlagen gehören einfach nicht in den Wald. Die Konflikte mit dem Naturschutz, dem Trinkwasserschutz und der Nutzung des Waldes als Erholungsgebiet sind vorprogrammiert. Die Eingriffe in das Erdreich beim Bau von Windkraftanlagen sowie für die Zuwegungen sind so massiv, dass der Wald und insbesondere geschützte Tierarten dauerhaft geschädigt werden. Im Landesentwicklungsplan sollten wir daher zusätzlich die Abstandsgrenzen entsprechend den Vorgaben der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten verbindlich umsetzen.

In Hessen vergeht kaum eine Woche, in der nicht Bürger und Naturschützer gegen die Zerstörung von Natur und Landschaft durch Windkraft demonstrieren. Sogar die Bereitschaftspolizei muss eingesetzt werden, um die Energiewende durchzusetzen. Diese Konflikte ließen sich lösen, wenn Menschen und Natur durch den Landesentwicklungsplan besser geschützt werden.“



René Rock

Fraktionsvorsitzender